

Bundesbehörde schiebt den Kommünen Flüchtlinge zu, die noch keinen Antrag gestellt haben

VON VERA KÖNIG

HANNOVER. „Jrsun.“ Das ist im hannoverschen Rathaus derzeit das meistgebrauchte Wort, wenn es um das Thema Flüchtlinge geht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weist der Stadt Flüchtlinge zu, die noch gar keinen Antrag auf Asyl gestellt haben. Die dazu erforderlichen Termine und Fahrten soll die Stadt organisieren.

Durch das Schreiben eines „Gruppenleiters“ im Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge hat die Stadtverwaltung von dem Vorgang erfahren. Der Verantwortliche hat dem hannoverschen Ausländeramt mitgeteilt, wegen der hohen Zahl an Asylbewerbern sehe sich seine Behörde außerstande, alle Anträge auf Asyl in den Erstaufnahmehäusern durchzuführen. „Manche Personen“ würden also schon verteilt, bevor ihre Daten aufgenommen wurden. Die deshalb vorgesehene „wohörtfähige Antragstellung“ sei abgestimmt mit dem

niedersächsischen Innenministerium, heißt es in dem Schreiben. Rechts- und Ordnungsdezernent Marc Hansmann ist irritiert über den Brief und das Ansinnen. Sozialdezernent Thomas Walter schäumt: „Hier werden Bundesaufgaben willkürlich auf Kommunen verlagert“, schimpft er. Das Vorgehen laufe gesetzlichen Grundlagen zuwider. Schon vor Monaten habe Niedersachsenens Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, gefordert, dass der Bund mehr Stellen

beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schafft, weil dort die Asylanträge nicht mehr schnell genug bearbeitet werden, stellt Sprecher Matthias Eichler fest. Das Land sei also gezwungen zu dem Schritt, weil das Bundesamt „derzeit nicht einmal dazu in der Lage ist, die Anträge der Flüchtlinge zeitnah entgegenzunehmen und das Verfahren wieder in bisher gewohnte Bahnen zu lenken“.

Ob schon Flüchtlinge ohne vorherigen Antrag auf Asyl in Notunterkünften leben, konnte gestern bei der Stadt niemand sagen. Das festzustellen, wird – wenn das Verfahren tatsächlich greift – zu den Aufgaben der Sozialarbeiter in den Notunterkünften gehören. Sie müssen ermitteln, ob beispielsweise eine fünfköpfige Familie aus Syrien einen Antrag auf Asyl gestellt hat. Falls nicht, müsste man den aus den Kriegswirren im eigenen Land geflohenen Menschen erklären, dass sie in der Bundesamt-Außenstelle Braunschweig vorzusprechen haben. Mitarbeiter der Stadt vereinbaren einen Termin dort, stattdessen die Familie mit Fahrkarten aus, erklären ihr, wo sie umsteigen muss – und hoffen, dass sie das Ziel wirklich erreicht.

„Absurd“, „das macht mich fassungslos“ – das sind die ersten Kommentare zu dem Ansinnen des Bundesamtes. Die Nürnberger Behörde könne nicht die eigenen Probleme lösen, indem sie die auf die Kommunen abwälzt – und noch dazu feststellt, sie komme für die Kosten nicht auf.

Der „Gruppenleiter“ bietet in seinem Brief Unterstützung an, die keine ist. „Unter bestimmten Voraussetzungen“ könne die Außenstelle die Fälle schriftlich bearbeiten – aber nur dann, „wenn die Identität der Personen durch Dokumente eindeutig feststeht und Ausländerbehörde oder Polizei vor Ort auf den Fingerabdruckblättern die ED (Erkennungsdienstliche Behandlung) durchführt und die Fingerabdrücke dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelt“.

Heißt also: Nicht in allen Fällen steht die Identität der zugewanderten Flüchtlinge fest. Ob das Verfahren damit nicht Sicherheitsrisiken birgt, wollte oder konnte die Pressestelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nicht beantworten. Auf Nachfrage heißt es von der Behörde: „Um eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge zu ermöglichen, wurde der Arbeitsbereich Asyl des Bundesamtes 2014 um 300 zusätzliche Mitarbeiter verstärkt. 2015 werden weitere 350 Mitarbeiter hinzukommen.“

Damit sind dann vielleicht die Personalprobleme der Nürnberger Behörde gelöst – aber keinesfalls die bei der Stadt. „Wer trägt die Kosten für den zusätzlichen Aufwand?“ ist die wichtigste Frage für Stadtkammerer Marc Hansmann.

Die Zuwanderung nach Deutschland ist europäisch

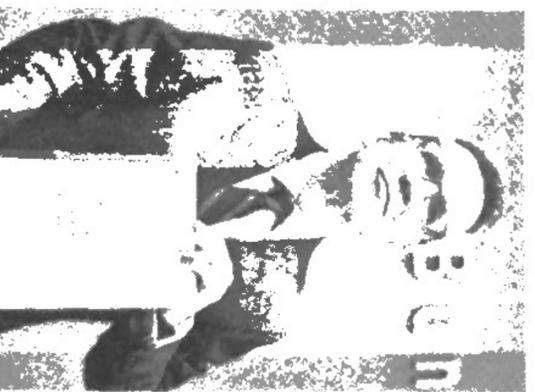
VON FRANK LINDSCHEID

BERLIN Die Zuwanderung nach Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht: Laut Migrationsbericht 2013 kamen 430.000 Menschen mehr in die Bundesrepublik als wegzogen. Die Große Koalition streift vor diesem Hintergrund über ein Einwanderungsgesetz.

Das nichterne Statistiker-Werk soll die Debatte versachlichen, befürchte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Vorstellung des „Migrationsberichts 2013“. Der Trend zeigt nach oben. Im vorletzten Jahr kamen insgesamt 1,23 Millionen Menschen nach Deutschland. 2012 waren es 1,08 Millionen gewesen – ein Plus von 13 Prozent. Die Abwanderung eingerechnet, bleibt netto ein Plus von 430.000. Das ist die höchste Zahl seit 2006. „Deutschland ist für Arbeitnehmer eines der attraktivsten Zuwanderungsländer“, erklärte de Maizière.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind allerdings nur begrenzt aussagefähig. Sie sagen nichts darüber aus, wie lange Einwanderer in Deutschland bleiben. Nach Schätzungen bleibt nur etwa die Hälfte länger als ein Jahr. Interessant ist die Verteilung:

Etwadrei Viertel der Zugänge kommen aus dem EU-Raum. Polen, Rumänien, Italien und Bulgarien liegen ganz oben in der Statistik. Von den insgesamt 80,6 Millionen Einwohnern ist inzwischen ein Fünftel zugewandert. Beim früheren Hauptzuwanderungsland Türkei hat sich die Entwicklung inzwischen umgekehrt: Im vergangenen Jahr gingen 7000 türkischstämmige Deutsche mehr an den Bosphorus als Türken in die Bundesrepublik kamen. Die Mehrheit sind ältere Menschen, aber auch junge mit guter Ausbildung, die sich eine bessere Zukunft erhoffen.



SCHWARZ AUF WEISS: Minister de Maizière mit dem Bericht.

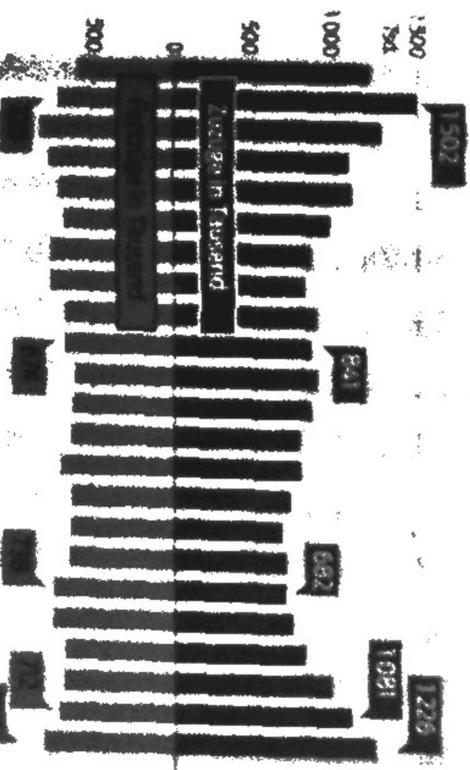
„In Deutschland käme die Masse der Zuwanderer aus der EU, in der Freizügigkeit herrscht. Und: Kanada hat das Punktesystem abgeschafft.“ Wichtig ist es aus seiner Sicht, die Integration der Migranten voranzutreiben.

Der sozialdemokratische Fraktionschef Thomas Oppermann drängt dagegen die Union zu Gesprächen. Die SPD will noch in diesem Frühjahr ein eigenes Punktesystem für Einwanderer vorstellen. Das Gesetz solle eine „berechenbare Chance für qualifizierte Leute“ schaffen, meint Oppermann.

Abwanderung und Zuwanderung

Aus dem Zu- und Fortzügen wird der Wanderungssaldo für Deutschland berechnet. Für 2013 liegt er bei 429.000 Menschen, die Schätzung für 2014 beträgt mindestens 470.000.

1991 92 94 96 98 2000 02 04 06 08 10 12 13



Quelle: Stat. Bundesamt

